

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2117  
des Abgeordneten Norbert Schulze  
Fraktion der DVU  
Landtagsdrucksache 4/5386

### **Weniger EU-Gelder für die Landwirtschaftsbetriebe in Brandenburg**

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2117 vom 21.11.2007:

Medienberichten zufolge sollen die brandenburgischen Agrarbetriebe 45 Millionen Euro weniger EU-Zuschüsse pro Jahr erhalten. Besonders hart treffe es im Falle einer Durchsetzung dieser Idee insbesondere Betriebe mit arbeitsintensiven Produktionen wie etwa der Viehwirtschaft.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu diesen Kürzungsplänen der EU?
2. Was unternimmt die Landesregierung, um das Inkrafttreten dieser Pläne zu verhindern?
3. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um bei eventueller Realisierung des EU-Kürzungsvorhabens die dann absehbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten der betroffenen Agrarbetriebe zu verhindern?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu diesen Kürzungsplänen der EU?

Datum des Eingangs: 13.12.2007 / Ausgegeben: 18.12.2007

zu Frage 1:

Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass im Interesse einer verlässlichen Agrarpolitik der für die Förderperiode 2007 bis 2013 beschlossene Finanzrahmen für die 1. und 2. Säule Bestand haben muss.

Deshalb werden die geplante Erhöhung der Modulation sowie eine Degression/Kappung der Direktzahlungen strikt abgelehnt.

Frage 2:

Was unternimmt die Landesregierung, um das Inkrafttreten dieser Pläne zu verhindern?

zu Frage 2:

Zu der Auffassung der Landesregierung gab es anlässlich der Agrarministerkonferenz am 28. September 2007 in Saarbrücken eine von Brandenburg initiierte gemeinsame Protokollerklärung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Berlin. In dieser wurden die Kürzungen der EU klar abgelehnt.

Frage 3:

Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um bei eventueller Realisierung des EU-Kürzungsvorhabens die dann absehbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten der betroffenen Agrarbetriebe zu verhindern?

zu Frage 3:

Die Landesregierung wird die o. g. Auffassung zu Frage 1 in den entsprechenden Gremien auf Bundesebene vertreten, um die Position der Bundesrepublik als Mitgliedstaat in den Verhandlungen mit der Europäischen Union zu stärken.